



Donnerstag, 02. August 2018, 10:00 Uhr
~6 Minuten Lesezeit

Das Kapitalismus- Dilemma

Sind Demokratie und Marktwirtschaft gemeinsam zu haben? Teil 1/5.

von Nina Forberger
Foto: Julenochek/Shutterstock.com

Die Vorstellung, dass Demokratie und Marktwirtschaft wie ein Zwillingenpaar untrennbar zusammengehören, erscheint uns nahezu selbstverständlich. Offenbar ist die Sache klar: Spätestens mit dem Untergang der Sowjetunion landete das begriffliche Gegenpaar, also Diktatur und Planwirtschaft, auf der Müllhalde der Geschichte. Demokratie und Marktwirtschaft gingen hingegen als Sieger aus dem Kampf der Systeme hervor. Da beide Begriffe historisch gemeinsam überlebten, gelten sie nahezu ungefragt als zusammengehörig.

Der Mythos vom Geld und vom freien Markt

Es machte mich stutzig, dass China, die größte Volkswirtschaft der Welt, von einer kommunistischen Partei autoritär regiert wird. Daher begab ich mich auf Spurensuche über den Zusammenhang zwischen Demokratie und Marktwirtschaft. Diese wurde jedoch immer schwieriger, als ich kaum Aussagen fand, die die Zusammengehörigkeit von Marktwirtschaft und Demokratie konkret bestätigen. Nur vereinzelt traf ich auf Aussagen wie die des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Udo Di Fabio:

„Rechtsstaatliche Demokratie war noch nie ohne Marktwirtschaft zu haben“ (1).

Dafür begegnete mir ein zweites Begriffspaar immer wieder: Demokratie und Freiheit. In Deutschland wird sogar offiziell von der freiheitlich demokratischen Grundordnung gesprochen und kaum ein amerikanischer Präsident kommt ohne eine Antrittsrede aus, in der er nicht die Freiheit beschwört. Ich darf daher für die weitere Untersuchung unterstellen, dass jedenfalls Demokratie und Freiheit untrennbar zusammengehören.

Ist Freiheit möglicherweise nur ein anderer Begriff für Marktwirtschaft? Wenn dem so wäre, bestünde ein Zusammenhang mit der Demokratie. Ich werde daher untersuchen, was Freiheit im marktwirtschaftlichen Sinne bedeutet und was daraus konkret für die Verbindung von Demokratie und Marktwirtschaft folgt.

Um den Zusammenhang von Marktwirtschaft und Freiheit zu erkennen, muss man sich zunächst auf die Suche nach einem Mythos begeben: Die Geschichte von der Entstehung des Geldes. Schon interessierten Kindern wird erzählt, dass diese mit dem

angeborenen Drang des Menschen zum friedlichen Handeln und Tauschen begonnen habe: Der Bauer, der Kühe besaß, tauschte sie mit einem anderen Bauern, der Hühner besaß. Da jedoch nicht jeder, der Kühe hielt, zwangsläufig auch Hühner brauchte, hätten die Menschen sich irgendwann auf etwas geeinigt, das alle gebrauchen konnten: Das Geld.

Der Mythos von der Entstehung des Geldes fußt somit auf der Annahme, dass ein friedlicher Markt existiert, auf dem die Menschen Handel treiben und zum gegenseitigen Vorteil ihren Wohlstand vermehren. Damit die Menschen ihren natürlichen Drang zum Handeln ausleben können, würden sie diejenigen Freiheiten benötigen, die autoritäre Staatsformen zu unterdrücken versuchen. Freiheit in diesem Sinn bezeichnet in erster Linie das Recht des Einzelnen, ungehindert von staatlichen Eingriffen seinen Geschäften nachgehen zu können.

Dieses klassisch liberale Verständnis von Freiheit spielt bei der Erzählung von der Entstehung der Märkte eine so überragende Rolle, dass der Begriff Freiheit für den Markt selbst gebraucht wird. Über den „Umweg“, Freiheit und Marktwirtschaft gleichzusetzen, wird somit gleichzeitig behauptet, dass Marktwirtschaft und Demokratie untrennbar verbunden seien.

Stimmt das?

So schön die Geschichte von der Entstehung des Geldes und friedlichen Märkten klingt, sie ist historisch nicht belegbar. Sie beruht auf der Annahme falscher Tatsachen und geht auf den schottischen Moralphilosophen Adam Smith (1723 - 1790) zurück.

Mit seinem 1776 erschienenen, weltberühmten Werk „Der Wohlstand der Nationen“ gilt er als Begründer der

Wirtschaftswissenschaften. In diesem Buch stellte er die Theorie des Urvolkes auf, das friedlichen Tauschhandel betrieben und sich irgendwann auf Geld als Tauschmittel geeinigt habe. Das Problem dabei ist nur, dass es dieses Volk nie gegeben hat.

Nach anthropologischen Erkenntnissen haben sich Gemeinschaften ursprünglich vielmehr nach dem Prinzip der Reziprozität organisiert. Dieses Prinzip beruht auf dem gemeinschaftlichen Geben und Nehmen und nicht darauf, dass jeder mit jedem Handel betreibt. Reziprozität bedeutet: „Ich gebe dir und wann immer es dir möglich ist, gibst du mir.“ Jeder trägt folglich mit seinen Möglichkeiten etwas zum Gemeinwohl bei, ohne dafür eine sofortige und wertgleiche Gegenleistung zu erwarten.

Wenn also die Grundannahme, auf die sich der Mythos stützt, falsch ist, bedarf es einer genaueren Untersuchung über die tatsächlichen Zusammenhänge zwischen Marktwirtschaft und Demokratie. Dabei fällt zunächst auf, dass es Gesellschaften gibt, die nicht demokratisch verfasst sind, aber marktwirtschaftlich handeln. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist – wie bereits erwähnt – das von einer kommunistischen Partei autoritär regierte China.

Umgekehrt gibt es mehrere Beispiele für Staaten, deren demokratisch gewählte Regierungen versuchten, die Akteure des Marktes einzuschränken, und gerade deswegen zugunsten autoritärer Herrscher gewaltsam gestürzt wurden. Zu nennen sind hier der Sturz des iranischen Ministerpräsidenten Mohammad Mossadegh im Jahr 1953, die Ermordung von Patrice Lumumba, des ersten frei gewählten Präsidenten des Kongo, im Jahr 1960 und der Putsch gegen den gewählten chilenischen Präsidenten Salvador Allende 1973 (2). Die Ereignisse im Iran im Jahre 1953 sollen etwas genauer betrachtet werden.

Im Zuge der Kolonialpolitik des britischen Imperiums beutete seit Beginn des 20. Jahrhunderts die Anglo-Iranian Oil Company (AIOC),

ein privates britisches Unternehmen, die Ölressourcen des Iran aus. Dagegen gab es seit Ende der 1940er Jahre im Iran immer wieder Proteste und Vorschläge für eine gerechtere Ressourcenverteilung.

Die iranische Bevölkerung war der Meinung, dass die Gewinne aus dem Verkauf der eigenen Bodenschätze auch der eigenen Bevölkerung zugutekommen müssten und nicht nur einigen wenigen britischen Geschäftsleuten. Dies war schwierig zu erreichen, da Großbritannien auf der Erfüllung der Verträge beharrte.

Die angespannte Situation eskalierte, als 1951 Mohammad Mossadegh demokratisch zum Premierminister gewählt wurde. Er verstaatlichte die Ölindustrie und entkoppelte somit die AIOC aus dem Ölgeschäft. Das bedeutete: Der britische Konzern hatte kein Monopol mehr auf das Öl im Iran. Dieses Vorgehen Mossadeghs löste bei der britischen Regierung Wut und Empörung aus; als Folge wollte sie mit Hilfe der USA im Iran einmarschieren. Die US-Regierung unter Präsident Harry S. Truman lehnte dieses Vorhaben jedoch ab. Truman sah eine zu große Gefahr darin, das Land zu destabilisieren und somit in die Arme der kommunistischen Sowjetunion zu treiben.

Die Haltung der USA änderte sich allerdings, als Truman von Dwight D. Eisenhower abgelöst wurde. Denn Großbritannien hatte mittlerweile ein Ölembargo gegen den Iran verhängt. Das Land fand keine Käufer mehr für sein Öl, sodass die Wirtschaft des Landes am Boden lag. In dieser wirtschaftlich schweren Zeit bekamen die radikalen politischen Kräfte im Iran, unter anderem die kommunistische Partei, immer mehr Zulauf. Eisenhower als bekennender Antikommunist sah darin die Gefahr, den Iran mit seinen wertvollen Ressourcen an die Sowjetunion zu verlieren. An dieser Stelle schritt die CIA ein.

Im Sommer 1953 startete die „Operation Ajax“. Die CIA bestach

Politiker, Geistliche, Offiziere und arme Menschen der Bevölkerung und hetzte sie zur Opposition gegen Mohammad Mossadegh auf. Gleichzeitig sollte Reza Pahlavi als Schah von Persien zum neuen Machthaber eingesetzt und Mossadegh per Dekret aus seinem Amt entlassen werden.

Am 19. August 1953 kam es dann zu einer Straßenschlacht zwischen Anhängern Mossadeghs und Putschisten. Als das schahtreue Militär eingriff, wurde die Demokratie unter Mossadegh gestürzt und eine Diktatur unter der Herrschaft des Schahs, die von den USA gelenkt wurde, errichtet. Die Ölförderung im Iran wurde wieder privatisiert und in britische und amerikanische Hände gelegt (3).

Die genannten Fälle zeigen, dass Demokratie und Marktwirtschaft nicht zwangsläufig Hand in Hand gehen. Der Mythos tritt somit in Widerspruch zu tatsächlichen historischen Ereignissen. Aus diesem Grund sollen in den folgenden Teilen dieser fünfteiligen Serie die Grundlagen von Demokratie und Markt sowie deren Zusammenhänge näher untersucht werden.

Quellen und Anmerkungen:

(1) Di Fabio: „Bitte keine Systemdiskussion“, in: www.badische-zeitung.de (<http://www.badische-zeitung.de>)

(2) Scheidler, Fabian: Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation, Wien 2015

(3) Ganser Daniele: Illegale Kriege, Zürich 2016



Nina Forberger, Jahrgang 2001, ist Schülerin an einem sächsischen Gymnasium und hofft, dieses 2019 mit dem Abitur verlassen zu können. Ihre dann erlangte Freiheit möchte sie erst einmal im Ausland genießen. Sie ist eine junge Friedensbewegte, die in Zeiten von Kriegen und zerstörerischem Neoliberalismus in ihren Texten nicht nur analysieren und kritisieren, sondern vor allem zu Solidarität und Liebe aufrufen möchte. Sie ist Mitglied der **Rubikon**-Jugendredaktion und schreibt für die Kolumne „**Junge Federn**“ (<https://www.rubikon.news/kolumnen/junge-federn>)“.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International)** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.